

ASTA- ZEITUNG

Nr. 6
6. Feb. 86

I N H A L T : Seite 1

Impressum und verschiedenes: Seite 2

SELBSTKRITIK: kritische Stellungnahme der Verfasser von "Not macht erfinderisch" in der letzten Ausgabe: Seite 3f

DAS GROSSE GELD MISCHT MIT: Arbeitgeberverband will linke Mehrheit im Bonner

Stupa kippen: Seite 4

WACKERLAND SCHON VERGESSEN ?

Widerstand gegen die WAA und wie ihm begegnet wird: S. 5f

ÖKOLOGIE-BEWEGUNG RUFT AUF ZUM "DEUTSCHEN UMWELTTAG":

Wer, warum, wo, wann, Inhalte wer soll teilnehmen: S. 6

AUSZUG AUS DEM 13. RECHENSCHAFTSBERICHT DES PRÄSIDENTEN: Seite 8f

VERSCHÄRFUNGEN DER DIPLOM-PRÜFUNGSORDNUNG: Welche Verschärfungen geplant sind steht auf Seite 9

ÖKO - NEWS -- ÖKO - NEWS:

Neues zu den Parkhausplatz-Problemen, zu Fahrradständern und zum TH-Kraftwerk: Seite 10f

'GANZHEITLICHE' ING.-AUSBILDUNG - WOZU !? Fortsetzung des Thesenpapiers: Konkrete Umsetzungsmöglichkeiten: Seite 12 - 15

TAT - MÜLLKONZEPT FÜR STUDENTENWOHNHEIM ERFOLGREICH: Getrenntmüllsammlung im Karlshof - Modell

für die Stadt ? Seite 16

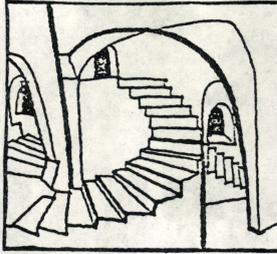
FÜR EIN SAUBERES TH-KRAFTWERK

Die Forderungen des Aktionsbündnis (dem auch der AStA angehört) zum Kraftwerk: S. 17f

STUDENTENKELLER IM SCHLOSS

SCHLOBKELLER-PROGRAMM FEBRUAR

ÖFFNUNGSZEITEN: 20.00 - 1.00h



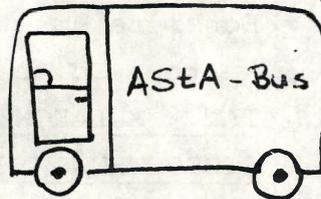
Sa. 8.	YOURS	- rock -	5,-DM
So. 9.	Fachschafts-Fest Chemie		
Mo 10.	Frauen-Disco		2,-DM
Di. 11.	Faschings-Disco		2,-DM
Mi. 12.	Katertreff		
Do. 13.	Spieleabend		
Fr. 14.	JACK O`RION	- white-blues -	4,-DM
Sa. 15.	GEROLD-ADLER-TRIO	- jazz -	4,-DM
Di. 18.	Disco		1,-DM
Mi. 19.	EDE BALL	- pantomime, clowning -	4,-DM
Do. 20.	Spieleabend		
Fr. 21.	amnesty-international Veranstaltung: Film, Dias, Musik zum Thema Syrien		
			3,-DM
Sa. 22.	TOO MUCH	-rock - funk -	5,-DM
Di. 25.	Disco		1,-DM
Mi. 26.	Film: "Wo die grünen Ameisen träumen" von Werner Herzog		
			3,-DM
Do. 27.	Spieleabend		
Fr. 28.	MATTHIAS HORNDASCH, LESZEK ZADLO	-jazz-	5,-DM

H. Kohl im Januar - über die Akademikerarbeitslosigkeit:

"... und nicht zu verkennen ist das explosive Potential, welches sie (die arbeitslosen Akademiker) darstellen."

Aufklärung: Zur Aufklärung der Bevölkerung über die Volkszählung am 25. Mai 1987 hat der Haushaltsausschuß des deutschen Bundestages im Nov.85 15,4 Millionen DM bewilligt. 1985 sind für diesen Zweck 1,4 Millionen DM, für 1986 6,1 Millionen und für 1987 7,9 Millionen DM vorgesehen.

ASTA SERVICE

KFZ -
Verleih

VW-Pritsche & VW-Bus (9 Sitze)

Unsere Preise:

- Mindestrechnungsbetrag pro Tag	30,- DM
- Vertragspauschale	10,- DM
- Mietpreis	pro Stunde 2,- DM
	pro Tag maximal 16,- DM
- Preis pro Kilometer	0,25 DM

Preisbeispiele:

	1. Bus für 4 Std.	2. Bus f. 2 Tage
	40 Km	200 km
Vertragspauschale	10,- DM	10,- DM
Zeit	8,- DM	32,- DM
Kilometer	40*25 Pfg. 10,-	200*25 Pfg 50,- DM
	28,- DM	92,- DM
wegen Mindestpreis	30,- DM	

Tips: für die Akademiker der Zukunft gab der Staatssekretär im Bm.f.B.u.W. Danach erhöhen sich die Chancen auf dem Arbeitsmarkt durch die Erlangung von sog. Schlüsselqualifikationen. Dazu gehören u.a. Kreativität, Kommunikationsfähigkeit, Abstraktionsvermögen und die Fähigkeit, Zusammenhänge zu erkennen.

ASTA - ZEITUNG - IMPRESSUM
Herausgeber, Redaktion und
V. i. S. d. P.: Allgemeiner
Studentenausschuß der THD
Erscheinungsweise: alle 14 Tage
Auflage: 1500 Exemplare

Selbst-Kritik

In der letzten Ausgabe der ASTA-Zeitung erschien der Artikel "Not macht erfinderisch". Dazu folgende Stellungnahme. Dieser Artikel sollte nicht das Mechanikinstitut herunterputzen und es als Buhmann der TH hinstellen. Es war allerdings möglich, es so aufzufassen. Deshalb an dieser Stelle eine Entschuldigung an alle, denen ungerechterweise auf den Schlips getreten wurde.

Nun aber eine Erklärung zum Artikel selbst:

Zu den Multiple-Choice-Tests ist zu sagen, daß Prof. Hauger, ohne daß die Fachschaften heftig kämpfen mußten, noch am Testtag zu der Einsicht kam, daß diese Tests keine guten Leistungskontrollen darstellen und versicherte, daß er diese Art von Test nie mehr stellen wird. Prof. Hagedorn dagegen hat sich diese Möglichkeit offen gehalten.

Die vergrößerten Übungsgruppen in TM II unter Prof. Groß und Prof. Schnell waren auf fehlendes Geld zurückzuführen. Jetzt sind die Übungsgruppengrößen allerdings im üblichen kleinem Rahmen.

An dieser Stelle sollte nur ein Vergleich klar werden. Wären keine Sondermittel rechtzeitig genehmigt worden, so wäre der Übungsbetrieb in Mathe "gestorben". Da ein Großteil der TH-Studenten mit Mathe zu tun hat, wäre dies ein schwerer Schlag gewesen. Schlagzeilen in den Tageszeitungen und Öffentlichkeitsarbeit hätten wohl in Wiesbaden zu größeren Denkfalten über eine wohl schlecht kalkulierte Mittelvergabe an die Hochschulen geführt. Von einem gekürzttem, aber stattfindenden Übungsbetrieb lassen sich Politiker nicht sehr beeindruckt.

Leider wurde bei dem Thema "TM-Übungsblätter nicht sofort auch Prof. Hauger angesprochen, was wohl einiges leichter geklärt hätte. Von undurchsichtigen Aktivitäten für die studentische Geldbeutel hätten einmal mehr hinhalten müssen, darf in diesem Fall TM auch nicht die Rede sein.

Es ist allerdings einiges mit HiWi-Geldern möglich. So soll es auch HiWis geben, die man an Rechner anschließen

kann und die teuflisch schnell Papier bedrucken können. Eine Kontrolle über Gelder ist sehr schwer möglich und nicht jeder legt seine Zahlen gern offen dar.

Es stimmt nicht, daß unsere Profs spinnen. Dieser Satz sollte nur ein Denkansatz sein. Oft tauchen hier an der TH sehr undurchdachte Dinge auf, wie die neuesten Änderungsvorschläge der allgemeinen DPO. Nach einiger Diskussion verschwanden große Teile der Vorschlagsliste wieder in der Schublade! Andererseits wurde der Erfinder des Anlassers für Automotoren auch als Spinner erklärt, als er sich seinen "Wurf" patentieren lassen wollte. Es sollte besser heißen:

Ein Schritt in die richtige Richtung ist immer gut. Aber nicht jeder Schritt ist ohne Grund gut.

Was auch klar herauskommen sollte ist, daß Änderungen fast immer - wenn möglich - bei den Erstsemestern auftreten, egal ob TM oder ein anderes Fach. Es ist halt eben so, daß Leute ohne Vergleich zur vorhergehenden Handhabung viel kritikloser sind. Also werden schleichende Verschärfungen und Verschlechterungen am "schwächten" Punkt angesetzt, wer würde das nicht so tun?

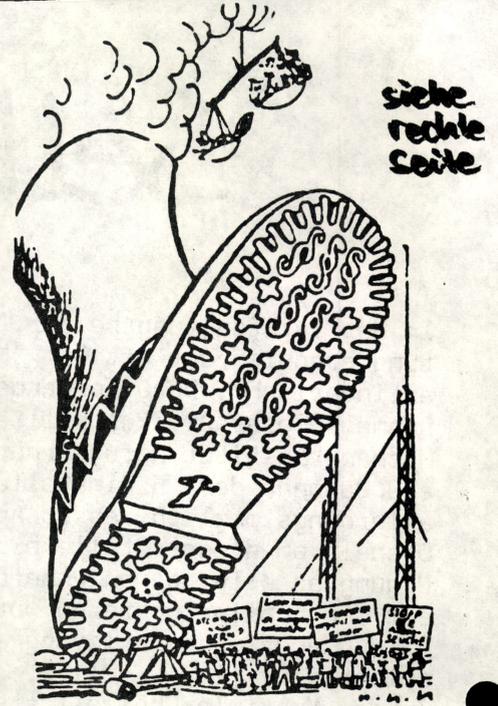
So, und da sind wir bei der Sache, die schon lange alle aktive Fachschafter ärgert:

Das passive Konsumverhalten der meisten Studenten. Was ihnen vorgesetzt wird, fressen sie auch - anpaßbar und pflegeleicht (letzteres Wort stammt nicht von mir, es ist aus Assistentenmund!). Es ist wohl Sache der Fachschaften zu informieren. Aber wieviel verschiedene Flugblätter und Aufrufe zur Mitarbeit sind denn eigentlich nötig?

Ihr glaubt doch wohl nicht, daß ewig ein paar verrückte und besessene Fachschafter für euch sich an den Pranger stellen lassen. "Schaut, da steht er, der dem Prof. was gesagt hat! Soll er doch damit allein fertig werden. Wir buhen ihn am besten noch aus, den Stinkstiefel." Ja aber am Ende Friede, Freude, Eierkuchen wenn sich doch etwas zum Besseren geändert hat.

Gäbe es nach Euch passiven, Überzufriedenen, integrierbaren Studentenmassen keine neuen Studenten von denen man hofft, daß sie kritischer sind als Eure Studentengeneration, wäre es für aktive Fachschafter viel einfacher - sie könnten ohne Zeitverzögerung ihr Studium zu Ende bringen und öfter mal ausschlafen.

Also werft Fachschaftern nicht vor, sie würden über das Ziel hinausschießen, wenn Ihr selbst nichts getan habt als Ihr eigentlich gefordert ward, Fachschafter und Professoren beißen selten. Und man sollte bei seinem Studium nicht nur an sich selbst denken, sondern auch an die, die nach uns kommen. Sie haben auch ein Recht gut studieren zu dürfen.



Der Rechtsstaat schreitet ein

Arbeitgeberverband will linke Mehrheit im Bonner Studentenparlament kippen

Von Johann Jul

Das große Geld mischt mit Spenden für die „Demokratische Mitte“

Auch bei Studentenparlamentswahlen greift jetzt das „große Geld“ ein. Daß sich Industrie und Arbeitgeberverbände verstärkt um politischen Einfluß an bundesdeutschen Hochschulen bemühen, ist nicht Neues. Neu ist aber, daß Arbeitgeberverbände mit einem bislang nicht bekannten Finanzeinsatz massiv „mitmischen“, um Mehrheitsverhältnisse in Studentenparlamenten „umzudrehen“.

So geschehen an der Bonner Universität. Dort regiert seit Mitte 1983 eine Koalition linker Studentengruppen - den Arbeitgebern seit langem ein Dorn im Auge. Im Vorfeld der jetzt anstehenden Wahlen zum Studentenparlament witterten sie Morgenluft, den ungeliebten AstA zu kippen. Mit Geldern aus der Industrie.

AstA-Sprecher Stefan Söldner-Rembold: „In einem Brief hat der Arbeitgeberverband Bonn und Rhein-Siegkreis seine Mitglieder um entsprechende Spenden gebeten.“

Das „allgemeine Geschäftsführer-Rundschreiben“ - datiert vom 13. November 1985 - wurde jetzt der Juso-Hochschulgruppe in der Bundeshauptstadt „zugespielt“. Dort heißt es: „Etwa 350 Stimmen gilt es aufzuholen... Dazu sind neben politischem Engagement auch erhebliche finanzielle Mittel erforderlich.“

Die erheblichen finanziellen Mittel“ sollen dem Verein zur

Förderung staatsbürgerlicher Studenten- und Schülerbildung (VFS) zufließen. Diese als gemeinnützig anerkannte Organisation wurde 1972 gegründet. Vorsitzender ist der ehemalige Bundesbahndirektor Erich Reinhardt. In der Vereins-Satzung heißt es, der VFS verfolge „ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke“. Ziel sei die Förderung der staatsbürgerlichen Bildung.

In dem vom Geschäftsführer des Arbeitgeberverbands, Toews, unterschriebenen Spenden-Aufruf, wird das Ziel des VFS eindeutiger umschrieben: „Der VFS... bemüht sich durch intensive Fachschaftsarbeit an der Universität Bonn, durch Seminararbeit für Schüler und Studenten und in aufwendiger Pressearbeit, die gemäßigten demokratischen Gruppen an der Universität Bonn zu stärken, um den seit Mitte 1983 bestehenden linken AstA abzulösen.“

Weiter schreibt Arbeitgeber-Funktionär Toews: „In einer ‚Aktion Demokratische Mitte‘ wird vom VFS aufwendige Basisarbeit an der Universität Bonn geleistet, welche mit einem sehr großen personellen und materiellen Einsatz verbunden ist.“

Unterstützungswürdige Gruppen der „Aktion Demokratische Mitte“ sind der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS), der Sozialliberale Hoch-

schulverband (SLH) oder die Liberale Aktion (LA).

Was der VFS unterstützt, scheint auch den Arbeitgebern förderungswürdig. So haben Vorstand und Beirat des Bonner Arbeitgeberverbandes beschlossen, „dem VFS für seine Arbeit im Rahmen der finanziellen Möglichkeiten des Verbandes eine Beihilfe zukommen zu lassen“.

Doch das allein reicht nicht. „Der VFS benötigt... darüber hinaus weitere Mittel, um effektiv arbeiten zu können“, heißt es in dem Schreiben des Arbeitgeberverbandes, verbunden mit der „sehr herzlichen“ Bitte, „zu überprüfen, ob und inwieweit Sie eventuell in der Lage sind, dem VFS zu helfen“. Natürlich fehlt auch nicht der Hinweis „auf die steuerliche Abzugsfähigkeit etwaiger Spenden“.

Kommentar von Stefan Söldner-Rembold, von der Juso-Hochschulgruppe: „Hier geht es nicht um ein paar für den RCDS angefallene Flick-Gelder, sondern um gezielte Einflußnahme auf das Bonner Studentenparlament-Wahlergebnis. Ein rechter Arbeitgeber-AstA soll installiert werden. Was für eine Vision: Eine studentische Interessenvertretung (!), die aus steuerlich abzugsfähigen Arbeitgeberspenden finanziert wird.“

Vorwärts 25. Januar 1986,

Wackerland schon vergessen ?

Seit Wochen ist in der Presse kaum noch etwas über den Bau der Wiederaufbereitungsanlage (WAA) in Wackersdorf und die Reaktionen der Betroffenen berichtet worden.

Wir sind am 25.-26.1. nach Wackersdorf gefahren und möchten darüber berichten. Was uns zuerst auffiel, war das unverhältnismäßig große Polizeiaufgebot. Sie scheint dort ständig präsent zu sein, da die Arbeiten nur unter ihrem "Schutz" fortgeführt werden können. An den Wochenenden, wenn mehr Leute da sind d.h. mehr Oberpfälzer und genauso Betroffene aus anderen Bundesländern, wird versucht, die Rodungsmaschinen zu blockieren und den Abtransport der gefällten Bäume zu verhindern.

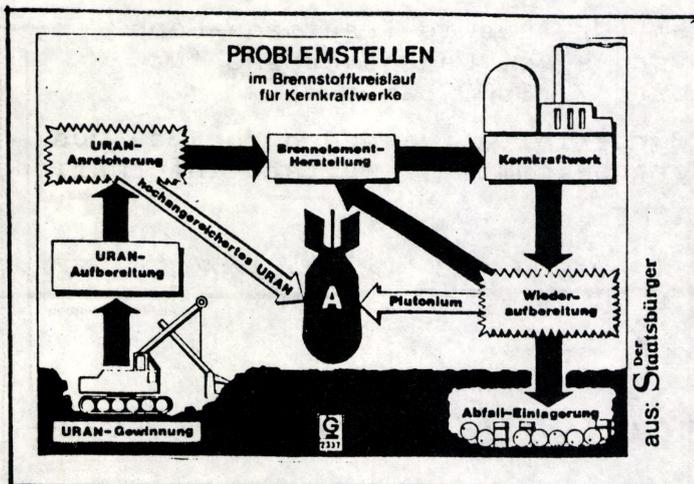
Da die Zahl der WAA-Gegner recht gering ist, fällt es der Polizei nicht schwer, sehr schnell wieder zu räumen. Wie wir selbst erlebt haben, scheint es eine weitere Taktik der Polizei zu sein, einzelne WAA-Gegner herauszugreifen und zu verhaften. Eine andere Aktion war sich mit Hängematten zwischen zwei Bäume zu hängen, was natürlich rechtliche Konsequenzen hat. Ebenso wurde ein WAA-Gegner verhaftet, weil er Nägel in Bäume geschlagen hat.

Obwohl die Polizei bisher vergleichsweise gemäßigt reagiert, kam es zu ca. 2400 Verhaftungen.

Insgesamt gesehen müssen wir wohl schon sagen, daß die Stimmung nicht von überschäumendem Optimismus geprägt war; aber wir sind fest entschlossen die Entscheidung von oben durch unseren Widerstand zu verhindern bzw. mindestens zu verzögern.

Erwähnenswert ist auch die Tatsache, daß sich der Landrat von Schwandorf gegen die Errichtung der WAA ausgesprochen hat und daraufhin eine Gesetzesänderung beschlossen wurde, die den bayerischen Landtag ermächtigte, den Beschluß des Landrates aufzuheben. Warum wird so massiv Druck ausgeübt?

Wie arbeitet die Wiederaufbereitungsanlage?



In einer Wiederaufbereitungsanlage werden abgebrannten Uranbrennstäben aus Kernkraftwerken ihre verbliebene radioaktive Brennkraft d.h. Plutonium entzogen. Diese Brennelemente werden zur Weiterverwendung in die Kernkraftwerke zurückgebracht.

(Vorherrschende Argumentation der Bundesregierung)

Warum wehren wir uns gegen die WAA?

- DIE UMWELTVERSEUCHUNG GEFÄHRDET UNSERE UND ZUKUNFTIGE GENERATIONEN

So macht selbst das Kernforschungszentrum Karlsruhe in einer Studie deutlich, daß die WAA die Umwelt über 60 mal stärker mit radioaktiven Strahlen belastet als eine direkte Endlagerung. In einer WAA werden ständig radioaktive Stoffe über Abwässer und Abluft freigesetzt. In den USA würde eine solche Anlage z.B. wegen den zu hohen Kryptonabgabewerten niemals genehmigt werden.

6

Hinzu kommt, daß die Umweltbelastung durch das Herausziehen des Plutoniums aus den abgebrannten Brennstäben in der WAA 20 mal größer ist als die direkte Uranförderung. (Uran wird normalerweise zum Betrieb eines Kernkraftwerkes genommen)

- WIEDERAUFBEREITUNG VERGRÖßERT DAS ABFALLVOLUMEN

Über 80% der Radioaktivität verbleiben nach der Wiederaufbereitung im Atommüll. Ein wiederaufgearbeitetes Brennelement enthält nur ein Viertel weniger Plutonium als ein unaufgearbeitetes. Erschwerend kommt hinzu, daß alle Stoffe, die mit dem Atommüll in Kontakt gekommen sind (Chemikalien, Filter, Anlagenteile....Menschen?) verseucht sind und ebenfalls endgelagert werden müssen.

- BILLIGER ATOMSTROM ?

Das Argument, daß Strom aus Kernkraftwerken billiger sei, ist nicht ganz stichhaltig, da durch steigende Kosten z.B. Baukosten für Kernkraftwerke der Strom immer teurer wird. Weshalb würden sonst Angaben über zukünftige Stromkosten aus wasser-, Gas-, Kohle, kern- und sonstigen Kraftwerken wie Staatsgeheimnisse genutzt werden?

- WER BRAUCHT SOVIEL STROM ?

Der Bericht des Bundeswirtschaftsministerium belegt gewaltige Überkapazitäten an Strom. Zur Zeit des höchsten Stromverbrauches im Jahr 1984 (19.12./ 9 Uhr) wurden in Kraftwerken 51618 MW Strom produziert. 23121 MW aber standen in Reserve d.h. sie wurden nicht benötigt.

- ES GEHT AUCH OHNE KERNENERGIE

Zu dieser Gesamtstromerzeugung trugen Kernkraftwerke mit 13351 MW bei, die leicht durch beispielsweise Abwärmenutzung aus anderen Kraftwerken ersetzt werden können. Denn 68 Mio. t SKE/ Steinkohleeinheiten (Energieeinheit) gehen jährlich als Abwärme der bundesdeutschen Kraftwerke ungenutzt und umweltschädlich in die Luft. Dem gegenüber sind die 11 Mio. t SKE, die durch Wiederaufbereitung zurückgewonnen werden könnten verschwindend gering.

Quelle: 7 Punkte zum Nachdenken, Dr. Ludwig Trautmann-Popp
Bund Naturschutz in Bayern e.V., Landesverband für
Umweltschutz Obere Sandstr.7, 8600 Bamberg

Bei dieser Quelle und bei der Bürgerinitiative gegen den Bau des
WAA Postfach 127, 8460 Schwandorf bekommt ihr weitere Informationen.

DOCH SICH INFORMIEREN REICHT NICHT:

Annette Neujean, Alfred-Nessel-Weg 8022, 6100 DA in Astrid Habenz Eckhardstr.
7

Deshalb rafft Euch auf:

Zur Faschingszeit soll es in Wackersdorf ein bundesweites Treffen geben u. am 22.2. stellen die Grünen aus Darmstadt einen Bus, um die Dauerpräsenz zu gewährleisten.

Vom 6.-8. Juni 1986 in Würzburg:
Ökologie-Bewegung ruft auf zum
"Deutschen Umweltag"

Banalitäten, zugleich Provokationen für uns alle: Umweltzerstörung, Luftverpestung, Waldsterben, fortschreitende Auf-rüstung.

Werden wir und folgende Generationen noch hinreichende Lebens- und Überlebensbedingungen vorfinden? Es geht um unser aller Zukunft!

Die ökologiebewegung und nicht die Poli-tik hat dies im öffentlichen Bewußtsein verankert: durch aufklärende Aktionen. Ohne Druck von unten bewegt sich oben nichts!

Die Umkehr zu einer wirklich neuen Poli-tik steht noch aus. Aber wir wissen, daß wir etwas bewegen können - und mehr bewegen müssen.

Um zum Einem mehr Druck zu machen, und zum Anderem die Thematik verstärkt in die Öffentlichkeit zu tragen, will die Umweltbewegung in ihrer ganzen Breite mit einer bundesweiten Großaktion deutliche Zeichen setzen: dem ersten DEUTSCHEN UMWELTTAG vom 6. - 8. Juni in Würzburg unter dem Motto "JA ZUM LEBEN - MUT ZUM HANDELN". Die Trägergruppe und unterstützende Organisationen reichen vom BBU, BUND, dem Deutschen Naturschutzring, dem Deutschen Bund für Vogelschutz, von WWF-Deutschland, den Verbraucherzentralen bis zur Kath. Landjugendbewegung und zu Greenpeace. Jenseits aller Parteipolitik will sich dieses bislang breiteste Umwelt-Bündnis mit dem DEUTSCHEN UMWELTTAG im Juni bewußt in die öffentliche Auseinandersetzung ein-mischen:

Forum der Demokratie von unten!

Alle Umwelt-, kirchlichen Initiativen und Initiativen aus den anderen sozialen Bewegungen (Frieden, 3. Welt, Frauen, Bürger-, Menschenrechte u. a.) sind zur Teilnahme aufgerufen.

Dieser erste Umweltag soll ein neues soziales Bündnis für das gemeinsame Handeln in Überlegensfragen zum Ausdruck bringen.

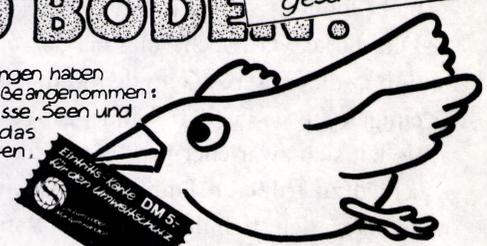
Zehntausende Teilnehmer/innen werden erwartet. Die Kirchentage sind Vorbild in Anspruch und Stil. Bei Erfolg sollen die Umwelttage zur ständigen Einrichtung in vielleicht zweijährigem Turnus werden.

Auch und gerade für Student/inn/en der TECHNISCHEN Hochschule Darmstadt sollte diese Veranstaltung von Interesse sein. Die Forschung und Entwicklung neuer Me-thoden, - Techniken und Verfahren müssen vor allem unter der Forderung nach öko-logischer und sozialer Verträglichkeit stehen. Deswegen ist nicht nur ein aus-reichendes Umweltbewußtsein gerade bei Student/inn/en (und Lehrpersonal) not-wendig, sondern auch "ökologisches Grundwissen" wünschenswert. Die Umweltbewegung braucht - wie die Friedensbewegung - einen langen Atem. Weitere Informationen beim ökoreferat und bei:

Deutscher Umweltag
Geschäftsstelle
Kalkuhlstr. 24
5300 Bonn 3 (Tel.: 0228/440398)
(dort kann man/frau sich auch anmelden!)

**FREIER ZUGANG
ZU LUFT, WASSER
UND BODEN.**
Vorübergehend
geschlossen!

Die Umwelt-Belastungen haben bedrohliche Ausmaße angenommen: Wälder, Wiesen, Flüsse, Seen und Meere können all das nicht mehr verkraften, was wir ihnen zu-muten. Viele Pflanzen- und Tierarten werden bald nur noch in Büchern und Museen zu sehen sein. Unser aller Gesundheit und besonders die unserer Kinder ist gefährdet. Fast jeder weiß das. Doch nur wenige tun bisher was. Wenn viele daran mitarbeiten, ist die Chance groß, die Zerstörung zu stoppen. Damit der freie Zugang zu Luft, Wasser und Boden wieder „geöffnet“ werden kann.



Desnab: Mach mit beim DEUTSCHEN UMWELTTAG 1986! Die Initiatoren: Deutscher Naturschutzring (DNR), Bundesverband BürgerInitiativen Umweltschutz (BBU), Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), Deutscher Bund für Vogelschutz (DBV), Katholische Landjugendbewegung Deutschlands (KLJB), Umweltaktion WWF-Deutschland, Verbraucherzentralen.



DEUTSCHER UMWELTTAG 1986
6.-8. JUNI 1986
IN WÜRZBURG

*Ja zum Leben -
Mut zum Handeln*

Auch ich will einen neuen Anfang und trete für die Durchführung des DEUTSCHEN UMWELTTAGES 1986 ein! Senden Sie mir deshalb mit entsprechendem Informationsmaterial auch gleich:

..... **Stück „Eintritts“-Karten für den Umweltschutz zum Einzel-Preis von DM 5,-**

Ich weiß, daß die dafür gezahlte Beiste die Arbeit Umweltschutzes ist. Die DEUTSCHEN UMWELTTAGES 1986 Umweltkarte und die „Eintritts“-Karte sind ein gemeinsames Werk haben. Sie sind ein Spende für mich selbst und umweltschutz.

Schicks über DM
 DM habe ich auf ihr Spendenkonto überwiesen.
(Gesamt-Preis für bestellte Karten zzgl. DM 1,30 für Rücksende-Porto)

Name: _____
Straße: _____ Datum: _____
PLZ/Ort: _____ Unterschrift: _____
Coupon bitte ausschneiden und entsenden an:
DEUTSCHER UMWELTTAG 1986, Geschäftsstelle, Kalkuhlstraße 24, 5300 Bonn 3

Spendenkonto für den DEUTSCHEN UMWELTTAG 1986: Volksbank Bonn, Konto 101010 (BLZ 38060188)

Auszug aus dem

13. Rechenschaftsbericht des Präsidenten

Dem Konvent vorgelegt am 29. 1. 1986

Die soziale Lage der Studenten ist weiterhin gekennzeichnet durch die Abschaffung der gemischten Förderung aus Zuschuß und Darlehen seit dem Wintersemester 1983/84. Seither wird Unterstützung nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAFöG) ausschließlich als Darlehen gewährt. Nach Berechnungen des Studentenwerks wird ein durchschnittlicher Student, dessen Studium nach dem BAFöG finanziert wird, seine Ausbildung mit einer Schuldenlast von ca. 40000 DM beenden, wenn auch durch Vergünstigungen für Studenten, die vorzeitig ihr Studium beenden beziehungsweise die zu den besten des jeweiligen Examensjahrgangs gehören, die Darlehensschuld reduziert werden kann. Dies ist eine Belastung, die, in Verbindung mit den schlechten Aussichten auf dem Arbeitsmarkt, sicherlich zu der Zunahme psychischer Störungen beiträgt, die wir aus der Inanspruchnahme unserer psychotherapeutischen Beratungsstelle entnehmen.

Durch die BAFöG-Teilerlaßverordnung, in der das Meldeverfahren der jeweiligen Examensbesten geregelt ist, werden die Fachbereiche beziehungsweise die Prüfungsstellen mit sehr viel zusätzlicher Verwaltungsarbeit belastet. Wenn ich mich bereits wiederholt gegen diese Bildungspolitik ausgesprochen habe, so geschah es in erster Linie aus sozialen Beweggründen. Eine ehrliche Kalkulation wird aber auch zeigen, daß die Darlehensregelung – wenn überhaupt – allenfalls eine minimale Einsparung bedeuten kann, die den erheblichen Verwaltungsaufwand nicht lohnt.

Die starke Verunsicherung bei der Studienwahlentscheidung, die unsere Zentrale Studienberatung schon seit einigen Jahren bei den Schulabgängern beobachten konnte, hat sich zwar eher verschärft, doch hat sich im Unterschied zu früheren Jahren der Anteil der Studenten gegenüber den Schülern an den Ratsuchenden deutlich erhöht. Dabei konzentrieren sich die Ratsuchenden vorwiegend auf die fünf Studienbereiche: Maschinenbau, Wirtschaftsingenieurwesen, Elektrotechnik, Bauingenieurwesen und Informatik. Dieselbe Tendenz zeigt sich auch bei den vermehrten schriftlichen Anfragen.

Bezieht man die Nachfrage von Beratung auf den Studienverlauf, so lassen sich drei Phasen kennzeichnen:

- der Studienbeginn einschließlich der beiden ersten Semester
- die Vorprüfungsphase zwischen dem 4. und 8. Semester
- die Studienendphase (Absolventenberatung).

In der ersten Phase überwiegen neben den Orientierungsfragen Probleme des Fachrichtungs- und Hochschulwech-

sels. In der zweiten Phase spielen Arbeits- und Prüfungsschwierigkeiten (vor allem Drittprüfungsfälle) die gravierende Rolle. Zu dem Komplex Prüfungsprobleme soll an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden, da die Ursachen in ihrer Vielschichtigkeit nicht erfaßt sind und von daher keine verallgemeinernden Aussagen getroffen werden können.

In der Ausgangsberatung geht es unter den derzeit vorherrschenden Arbeitsmarktbedingungen um Fragen der Stellensuche, Möglichkeiten des Erwerbs von Zusatzqualifikationen und Alternativen zum Arbeitsmarkt. Absolventenberatung nimmt in der Arbeit der Studienberatung zunehmend mehr Raum ein, jedoch kommt ihr an der THD noch nicht der Stellenwert zu, den sie an anderen Hochschulen bereits hat. Das mag vor allem daran liegen, daß sich bislang der Arbeitsmarkt für Ingenieure nicht als so problematisch dargestellt hat wie in vielen anderen Bereichen. Aber auch hier zeigt sich eine zunehmende Tendenz des Durchschlagens der sich verschlechternden Arbeitsmarktbedingungen auf die Berufsplanung der Absolventen in ingenieurwissenschaftlichen Studiengängen. In allen drei Phasen spielen auch soziale Fragen und persönlich bedingte Problemsituationen eine wesentliche Rolle.

Unter den Beratungsgegenständen nimmt der Fachrichtungswechsel/Hochschulwechsel quantitativ den größten Anteil ein. Unter den potentiellen Fachrichtungswechslern lassen sich nach ihren Motiven folgende Gruppierungen unterscheiden:

1. diejenigen, die, am Arbeitsmarkt orientiert, sich für ein Studienfach aus dem naturwissenschaftlich-technischen Bereich entscheiden und dann feststellen, daß das gewählte Fach nicht ihren Erwartungen und persönlichen Voraussetzungen entspricht;
2. diejenigen, die durch den NC an ihrem Wunschstudium gehindert werden und durch Wechsel einen Weg zu diesem suchen (Quereinstieg);
3. diejenigen, die die Studienwahlentscheidung uninformiert und letztendlich willkürlich treffen. Bei dieser Gruppe spielt auch der Studienabbruch als Problem eine wesentliche Rolle;
4. diejenigen, die durch ihren Prüfungsverlauf konkret oder absehbar mit der Problematik eines Wechsels oder Abbruchs konfrontiert sind/wären.

Wechsel – wie auch immer begründet – zieht für den Betroffenen negative Konsequenzen nach sich:

- Zeitverlust,
- finanzielle Belastungen,
- Entfallen des Rückstellungsgrundes bei Wehr- und

Forts. n.S.

Dienstpflichtigen,

– Beeinträchtigung des Selbstwertgefühls.

Welche Forderungen lassen sich angesichts dieser Sachlage für die Studienberatung und auch die Hochschule ableiten?

Die Zentrale Studienberatung sieht in erster Linie in der präventiven Beratung im Vorstudienfeld die Möglichkeit, den Wechsel als Folge unzureichender Informationen im Studienwahlentscheidungsprozeß zu verringern. Soweit ein Wechsel unabdingbar ist, sollen durch verstärkte rechtzeitige Beratungsangebote die Begleiterscheinungen eines Wechsels bekanntgemacht und damit Härten gemildert werden.

An die Hochschule wäre der Appell zu richten, zum einen die horizontale Durchlässigkeit benachbarter Studiengänge eher zu erhöhen als weiter einzuschränken und zum anderen, die zunehmend restriktiver werdenden Rahmenbedingungen möglichst extensiv auszuschöpfen.

FR 18.1.86

Zahl der Studienanfänger „deutlich abgeschwächt“

WIESBADEN. Die Zahl der Studenten an den hessischen Hochschulen hat sich im Wintersemester 1985/86 gegenüber dem selben Zeitraum von 1984/85 um 1,8 Prozent auf rund 118 900 erhöht und damit einen neuen Rekord erreicht. Allerdings habe sich der Anstieg inzwischen deutlich abgeschwächt, berichtete das Statistische Landesamt in Wiesbaden.

Vor Jahresfrist habe die Zunahme noch bei drei und vor zwei Jahren sogar noch bei mehr als fünf Prozent gelegen. Die Zahl der Studienanfänger sei im vergangenen Wintersemester um drei und nunmehr um 5,1 Prozent auf 16 900 zurückgegangen. 70 Prozent aller hessischen Hochschulstudierenden an Universitäten, 25 Prozent an Fachhochschulen und 3,5 Prozent an Verwaltungsfachhochschulen. An Kunsthochschulen und theologischen Hochschulen seien ein sowie 0,4 Prozent der Studenten eingeschrieben. lhe

Ständiger Ausschuß für Lehr- und Studienfragen(I)

Verschärfung der Diplomprüfungsordnung verhindern!

Am 29.1. beschäftigte sich der Ausschuß mit einer von Prof. Poser und Herrn Blankenburg (Verwaltung) erstellten Vorlage zur Änderung der Rahmenordnung der Diplomprüfungsordnung. Die darin vorgesehenen Änderungen sahen in einigen Punkten eine wesentliche Verschärfung gegenüber der bisherigen Praxis vor, obwohl von offizieller Seite immer nur von einer "Klarstellung" die Rede war.

Auf der Sitzung konnte jedoch mit Unterstützung der wissenschaftlichen Mitarbeiter wesentliche Änderungen verhindert werden.

So wird die Teilnahme an einer 3. Wiederholungsprüfung in einem Vor- oder Diplomfach nicht wie geplant verschärft. Zum einen entfällt die Bedingung am nächstmöglichen Prüfungstermin teilzunehmen, zum anderen geht jetzt an die Fachbereiche der Vorschlag eine 3. Wdh.prüfung in einem Fach generell zu genehmigen (bisher Genehmigung des Senats notwendig). Sollte dies von den Fachbereichsräten angenommen werden, sind alle geplanten Änderungen zu diesem Thema sowieso hinfällig (hoffentlich klappt).

Weiterhin wurde die Aufsplitterung der Diplomprüfungen in immer mehr Teilprüfungen, die alle bestanden werden müßten, verhindert.

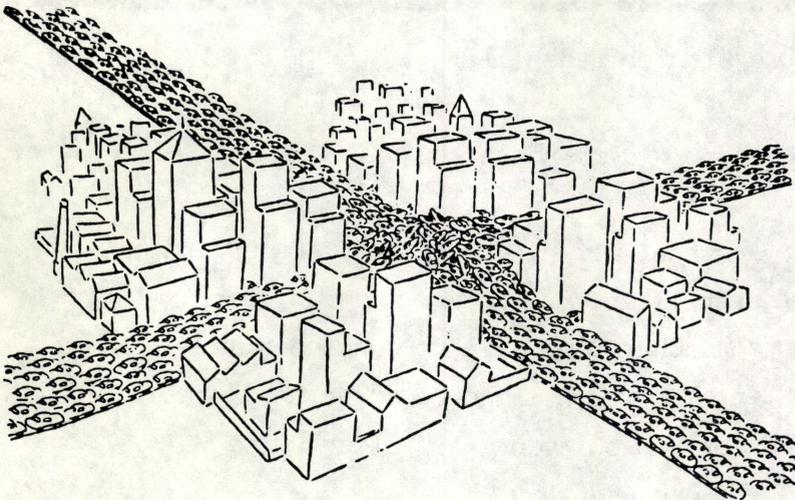
Ebenso bekundete des Ausschuß die Meinung, daß es nicht zu einer weiteren Verschulung durch Prüfungsabschnitte kommen dürfe.

ÖKO-NEWS — ÖKO-NEWS — ÖKO-NEWS

Parkplatzprobleme:

Am Donnerstag, dem 30. Januar fand ein erstes Gespräch zwischen Präsidentialabteilung (vertreten durch Präsidenten, Kanzler und dem Leiter der allgemeinen Abteilung, die auch für Hochschulbauten zuständig ist), Hochschulbauamt, AstA, Planeradvokaten und der BI gegen das Parkhaus statt.

In diesem Gespräch ging es zum Einen um die Problematik des sogenannten ruhenden Verkehrs, d. h. also um die Parkplatzprobleme. Die Präsidentialabteilung



machte klar, daß von ihrer Seite aus es keine Alternative zum Parkhaus gäbe. Das hessische Finanzministerium hat ebenso wie die Stadt Darmstadt dem Bau zugestimmt. Es fehlt nur noch die Baugenehmigung des Regierungspräsidenten, er prüft zur Zeit den Bauantrag. Viel Hoffnung, daß er den Bau nicht genehmigen wird, besteht allerdings nicht. Interessant ist, daß es allerdings kein Verkehrskonzept, weder für Darmstadt und Umgebung, noch für die direkte Erschließung des Parkhauses, gibt. Eine Gruppe, die dies erarbeiten soll, muß erst noch, unter Mitarbeit der Stadt

Darmstadt gebildet werden. Von Seitens der Hochschule wird eine Mitarbeit des AstA's und der BI gegen das Parkhaus in dieser Gruppe unterstützt. Eine Forderung des AstA's nach Einholung eines Verkehrsgutachtens, welches auch mögliche Alternativen zum Parkhaus aufzeigen

sollte, wurde genauso zurückgewiesen wie die Forderung, erst die Verkehrskonzepte zu erstellen und dann das Parkhaus zu bauen. Der Präsident hat allerdings zugesichert, daß er an die Stadt zum Einen mit der Forderung die TH ans Radverkehrsnetz der Stadt Darmstadt und zum Anderen mit der Forderung nach Temporeduzierung auf der Alexanderstraße herantreten wird.

Eine andere Seite des ruhenden Verkehrs sind die Fahrradabstellmöglichkeiten, die auch zur Sprache kamen. Sowohl die Planeradvokaten als auch der AstA waren mit diesem Problem schon im November 85 schriftlich an die Präsidentialabteilung herantreten. In diesem Gespräch haben wir nochmals auf die oft nicht ausreichenden und mangelhaften Fahrradabstellmöglichkeiten hingewiesen. Unsere Forderung nach erstmal 1000 zusätzlichen vernünftigen Fahrradständern



(d. h. die Fahrräder müssen sicher und stabil abgeschlossen werden können) wurde erfreut aufgenommen. Der Präsident hat uns zugesichert, daß diese 1000 zusätzlichen vernünftigen Fahrradständer errichtet werden. Spätestens im Frühsommer dieses Jahres soll mit der Montage begonnen werden, spätestens Ende 1987 soll sie abgeschlossen sein.

Zum anderem hat der AstA in diesem Gespräch die Forderung nach einer direkten Busverbindung zwischen Mensa-Stadtmitte und Lichtwiese zur Sprache gebracht. Da ein größerer Umbau der Alexander- und der Dieburger Straße geplant ist, sollte die Chance genutzt werden, gegenüber der Otto-Bernt-Halle eine Haltestelle der HEAG einzurichten, damit von ihr ein direkter Bus zur Lichtwiese eingesetzt werden kann (Der L-Bus der zur Lichtwiese fährt, hält am Schloß und nicht an der Haltestelle in der Alexanderstraße). Die HEAG ist auch bereit, eine solche Linie, wenigstens versuchsweise einzurichten, und bei Wirtschaftlichkeit auch beizubehalten. Von seitens der Präsidalabteilung wurde zugesichert, sich mit der HEAG in Verbindung zu setzen um die Modalitäten abzusprechen. Mit dem Versprechen ein zweites Gespräch im Februar anzusetzen, wurde dieses Gespräch beschlossen.

Dauerbrenner TH-Kraftwerk:

Hier ist leider nicht viel neues zu berichten, obwohl das Aktionsbündnis für ein sauberes TH-Kraftwerk der Hessischen Ministerin für Wissenschaft und Kunst, in deren Ressort ja die THD und auch das Kraftwerk fällt, ihr am 11.12.85 in

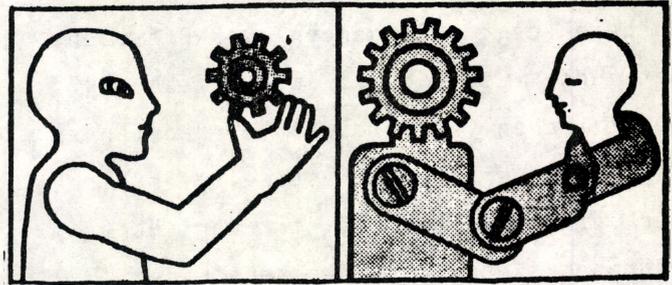
Wiesbaden persönlich einen Brief übergeben hat, in dem auf den schleppenden Verlauf der Planung hingewiesen und auf die Forderung nach Umrüstung von Kohle auf Gas in einem Schritt bekräftigt wurde. Dieses Aktionsbündnis, in dem der AstA durch seine ökologiereferenten vertreten ist, plant deshalb weitere Aktionen, um den Verantwortlichen "Dampf zu machen" (siehe auch letzte Seite). Nachdem nun eine komplette Umrüstung des Kraftwerks auf Heizöl/Gas-Betrieb bis zur Heizperiode 86/87 nahezu aussichtslos ist (vor 8 Wochen wäre sie bei rascher Entscheidung noch möglich gewesen), wollen wir erreichen, daß zum



Einem so wenig wie möglich Kohle verbrannt wird (und damit möglichst wenig Schwefeldioxid und Stickoxide entstehen) und zum Anderen der versprochene Zeitplan (Umrüstung eines Kohlekessels bis zur Heizperiode 86/87, komplette Umrüstung bis zur Heizperiode 87/88) eingehalten wird.

Ein Thesenpapier des TAT
- an der TH und FH
Darmstadt -

TREFF ANGEPASSTE TECHNOLOGIE



'GANZHEITLICHE' JNG.AUSBILDUNG - WOZU ?!

Dieses Thesenpapier wurde '85 von einer Arbeitsgruppe des TAT - Treff Angepaßte Technologie - als Diskussionsgrundlage für die Aktivitäten im Bereich Forschung und Lehre an TH und FH erarbeitet. Die Kernpunkte sind ebenso auf die Natur- und Geisteswissenschaften übertragbar.

Teil 1 ging auf die Ausgangssituation und die allgemeinen Probleme ein. **TEIL 2** beschäftigt sich mit der 'Rolle der Hochschule'.

Aufbauend sollen konkrete Umsetzungsmöglichkeiten an TH und FH ermittelt werden. Vorschläge hierfür oder/und Euer Interesse an Mitarbeit würden wir wirklich prima finden.

KONTAKT: TAT - Mi. 19 Uhr in der Bauingenieurfachschaft
Hochschulreferat: Uwe im ASTA

Die 'Rolle' der Hochschule

Zu Beginn ein Zitat von Pierre Fornallaz⁽¹⁾:

"Am Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zur Ausbildung muß die Verpflichtung der Hochschule, hier wegweisend zu wirken, hervorgehoben stehen. Angesichts der politischen und wirtschaftlichen Sachzwänge der kurzfristigen Interessengebundenheit ist die Universität die einzige Institution, welche sich ihrem Auftrage entsprechend den nötigen Freiraum schaffen kann, um zu experimentieren und erneuernde Impulse auszulösen. Leider sind viele Universitäten in den Mechanismen von Staat und Wirtschaft befangen."

Dieser oben beschriebene Mangel zeigt sich unserer Meinung auch darin, daß häufig der Lehrstoff vorgetragen wird, ohne daß Wechselwirkungen zu anderen Gebieten deutlich werden. Der Stoff steht damit losgelöst von allen Lebenszusammenhängen im Raum.

Lehrformen wie Gruppenarbeit und Projektstudium, die den Studenten* Zusammenhänge vermitteln können, werden leider nur allzu selten genutzt, obwohl sich gezeigt hat, daß bei solchen Lehrformen die Motivation der Studenten* meist größer ist als bei "Frontal-Vorlesungen".

Ebenso werden in der Forschung interdisziplinäre Zusammenhänge kaum einbezogen. Viele Möglichkeiten der technischen Weiterentwicklung werden nicht untersucht, da monokausale Herleitungen noch allzu beliebt sind. Auch ist, im Gegensatz zu einer ganzheitlichen Forschung, ein weiteres Vordringen in die Tiefe der Fachgebiete und ein Entstehen von sogenannten "Forschungsnischen" zu beobachten. Das geht manchmal soweit, daß sich sogar Fachkollegen* nicht mehr über ihre Vertiefungsrichtungen unterhalten können.

Auch die Drittmittelvergabe wirkt der ganzheitlichen Forschung entgegen, denn auch hier ist die Forschung durch Auftraggeber*, Aufgabenstellung und Forschungsmittel sehr stark an die Gegenwart gebunden und kann nicht die "dritte Aufgabe der Hochschule", wie sie Pierre Fonallaz fordert, erfüllen.

Nochmal ein Zitat von Pierre Fonallaz⁽¹⁾:

"Ziel ist die integrierte Erweiterung der Ausbildung, damit der Ingenieur* über die technisch - naturwissenschaftlichen Lösungen hinaus auch die Konflikte im Umfeld dieser Problemlösungen erkennt und in seine Betrachtungen miteinbezieht. Es steht fest, daß dieses Ziel sich nicht mit dem Angebot zusätzlicher nicht-technischer Lehrveranstaltungen erreichen läßt. Damit würde nur die Summe der unverbundenen Wissensselemente vermehrt. Es müssen also neue integrierte Lehrformen entwickelt und erprobt werden."

FORDERUNGEN AN DIE LEHRE

1. In der heutigen Form (abgehoben, "wertfrei") entspricht die Lehre nicht mehr den Anforderungen der Gesellschaft.
2. Ziel der Lehre sollte es sein, abgesehen von der Vermittlung des Fachwissens, dem Studenten* seine Verantwortung gegenüber der Gesellschaft und auch seine eigene Eingebundenheit in die Gesellschaft bewußt zu machen.
3. Die Lehre sollte deshalb ganzheitlich angelegt sein.
Das heißt:
 - 3.1. Die Lehre muß alle, auch die fachübergreifenden Zusammenhänge beinhalten.
 - 3.2. Gezielte Förderung (auch finanziell) von fachübergreifenden Veranstaltungen, insbesondere Übungen und Studienarbeiten (auch interdisziplinär mit Studenten* aus anderen Fachbereichen).
 - 3.3. Förderung der Gruppenarbeit
 - 3.4. Förderung des Projektstudiums
4. Eine ohne Zusammenhänge vorgetragene Wissensvermittlung z.B. durch zusätzliche Vorlesungen aus der allgemeinen Gesellschaftswissenschaft ist abzulehnen.
5. Einrichtung von Möglichkeiten zur Weiterbildung an den Hochschulen, z.B. über den Stand der Technik im Umweltschutz oder über neue Energietechniken.
6. Förderung der didaktischen und fachübergreifenden Kenntnisse der Professoren.*
7. Volle Anrechnung von fachübergreifenden Veranstaltungen auf das Lehrdeputat.

FORDERUNGEN AN DIE FORSCHUNG

1. Die Forschung sollte ganzheitlich ausgerichtet sein.
Das heißt:
 - 1.1. Ausrichtung am Menschen
 - 1.2. Einbeziehung aller Aspekte in die Forschung
 - 1.3. Interdisziplinär

- 1.4. Keine Festlegung auf eine Forschungs- und Entwicklungsrichtung, um eine große Vielfalt der zukünftigen Entwicklungsrichtungen zu erhalten.
- 1.5. Dementsprechend besteht ein Nachholbedarf bei der Forschung über ökologisch-gesellschaftliche Probleme.
- 1.6. Auch die Forschung im Bereich der an den Menschen und seine Umwelt angepaßten Technologie muß (als Folge von 1.4.) entsprechend gefördert werden.
2. Entwicklung von Instrumentarien zur Technikfolgenabschätzung und deren Anwendung auf die Forschung.
3. Forschung soll nicht nur an kurzfristigen Wirtschaftlichkeitskriterien ausgerichtet sein, sondern auch Zukunftsforschung betreiben, auch wenn diese nicht direkt kommerziell verwertbar ist. (entsprechend "der dritten Aufgabe der Hochschule" im Sinne von Pierre Fornallaz)
4. Die Öffentlichkeit muß über Forschungsinhalte informiert werden.

LITERATUR:

- (1.) Ganzheitliche Ingenieurausbildung;* Hrsg. Pierre Fornallaz;
2. Ein generalistisches Konzept zur Integration technik- und sozialwissenschaftlicher Ausbildung - in: Ingenieure* für die Zukunft; Hrsg. Helmut Böhme, THD; Heinz Moos Verlag, München 1980;
3. Technik für Menschen - Perspektiven für umwelt- und sozialverträgliche Technologien; Hrsg. Arbeitsgruppe Angepaßte Technologie GhK; Fischer Verlag Ffm 1982;
4. Ingenieure* in der BRD - gesellschaftliche Lage und politisches Bewußtsein; Wilfried Laatz;
5. Ingenieurs*ausbildung und soziale Verantwortung; VDI-Verlag;
6. Ingenieure:* Studium und Berufssituation; Morsch, Nees, Schoembs, Wagemann; Akademische Verlagsgesellschaft, Ffm;

Anmerkung: Lieber Leser, bitte macht Euch doch mal Gedanken, was für Personen Ihr mit den mit *- gekennzeichneten Begriffen verbindet. Sind das Männer oder Frauen ?!

Die Sprache, die wir benutzen, ist deutlich geprägt von der Vorherrschaft der Männer in öffentlichen/mächtigen Positionen über viele Jahrhunderte. Wir würden uns freuen, wenn Ihr nach Lesen des Thesenpapiers noch einmal darüber nachdenkt, ob ein Zusammenhang zwischen Patriarchat und den aufgezeigten Problemen besteht!

aus FR 2.1.86

Wenn die Beziehungen wichtiger sind als Wissen und Können

Elitehochschulen oder Demokratisierung der Bildung? / Betrachtungen eines bundesdeutschen Professors aus Cambridge

Stefan Hüfner, Experimentalphysiker der Universität des Saarlandes in Saarbrücken, lehrt gegenwärtig an der britischen „Elitehochschule“ Cambridge. Die dortigen Einblicke und Einsichten veranlassen ihn zu dem folgenden Beitrag:

CAMBRIDGE. Auch nach der Novellierung des Hochschulrahmengesetzes kommt die Diskussion über die Struktur und Hierarchie der deutschen Hochschulen nicht zur Ruhe. Ein Anfang in die richtige Richtung ist gemacht, so hört man, aber nun haben weitere Schritte zu folgen. Die bundesdeutsche Hochschuljagd nach mehr strukturiert werden. Wir können es uns nicht mehr leisten, daß alle Hochschulen gleich gut sind (wenn man sie das), ein halbes Dutzend Elitehochschulen soll gefordert werden (was geschieht mit dem Rest?). Konkurrenz (marktwirtschaftliche natürlich) soll zwischen den Hochschulen herrschen (die existiert schon seit dem Mittelalter). So wenig überlegt die einzelnen Vorschläge sind, eines ist klar: Demen, die sie vorbringen, paßt die ganze Richtung der letzten fünfzehn Jahre nicht, die Erweiterung der Hochschulen, die Neugründungen und vor allem ihre Öffnung für das „gemeine Volk“.

Bei näherer Betrachtung der „gegenformatorischen“ Vorschläge bleibt eigentlich nur ein Kopfschütteln. Wie, so darf man vielleicht fragen, kommt es, daß die deutsche Industrie blüht und gedeiht, obwohl sie aus den „verrotten“ Hochschulen nur höchst mangelhaft ausgebildete Ingenieure, Juristen und Wirtschaftswissenschaftler erhält? In England und

Frankreich existieren „Elitehochschulen“ — aber die wirtschaftlichen Probleme jener Länder sind hinreichend bekannt und die Kreise, die das deutsche Hochschulwesen mißbilligend betrachten, sind natürlich stolz darauf, daß die Bundesrepublik ähnliche wirtschaftliche Probleme wie diese Länder nicht kennt. Liegt es nur daran, daß die Bundesrepublik eine Handvoll begnadeter Industriemanager besitzt, die uns vor dem Absturz in das wirtschaftliche Chaos bewahren? Oder aber sollte es gar so sein, daß die gute wirtschaftliche Situation der Bundesrepublik just eine Folge der Demotivation der Hochschulen ist? Es lohnt sich, darüber einen Augenblick nachzudenken.

Nehmen wir das Beispiel England, das als erstrebenswerteres Modell häufig genannt wird. In der Tat: Dort existieren zwei Elitehochschulen (Oxford und Cambridge), deren Absolventen einen großen Teil der Schlüsselstellungen in Politik, Wirtschaft und Wissenschaft besetzen. Wenn man etwas genauer in diese Hochschulen hineinsieht, stellt man jedoch fest: Einmal, so scheint es, ist nicht nur die Qualifikation des Bewerbers für die Aufnahme in diese Elitehochschulen wichtig, sondern auch die wirtschaftlichen Verhältnisse der Eltern spielen eine Rolle. Zum zweiten herrscht innerhalb dieser Hochschulen eine Elitehierarchie, so daß nur die allerbesten Studenten eine wirklich hervorragende Ausbildung erhalten, während für viele Studenten von „Oxbridge“ wohl nicht die wissenschaftliche Ausbildung das wichtigste Ergebnis des Studiums ist, sondern die Kontakte, die man in dieser Zeit knüpft hat. Was ist das Ergebnis? Die Masse der englischen Studenten erhält

ihre Ausbildung an „Non-Oxbridge“-Hochschulen. Die Professoren dort sind oft demokratisiert, da sie es nicht „geschafft“ haben, gleiches gut für die Studenten. Das schlägt sich natürlich in der Qualität ihrer Ausbildung nieder. Hinzu kommt ein weiteres: In der Karrierehierarchie Englands sind die „Oxbridge“-Connectees von entscheidender Bedeutung, oft wichtiger als das Können. Es fehlt also in England die breite Schicht sehr gut ausgebildeter Fachleute, die ein moderner Staat benötigt, und, was die Sache noch verschärft, die wichtigen Stellen werden oft mehr nach den Verbindungen als nach dem Können vergeben.

Das Elitesystem par excellence — Modell für die Bundesrepublik? Bevor man dazu ja sagt, sollte man doch einen Augenblick nachdenken. Welche Art der Ausbildung benötigt ein Staat wie die Bundesrepublik?

In der gegenwärtigen industriellen Gesellschaft werden die intellektuellen Anforderungen an den Einzelnen ein hohes Niveau erreichen, das ist ja gerade das Kennzeichen der Entwicklung der letzten zehn Jahre. Arbeitslos werden vor allem die, die keine oder nur eine schlechte Ausbildung haben. Computerisierung und Automatisierung lassen zunehmend die Arbeiten mit geringem intellektuellem Anspruch verschwinden und erzeugen Arbeitsmöglichkeiten mit hohem Ausbildungsanspruch.

Das Land wird am besten bestehen, wenn es gelingt, alle seine intellektuellen Ressourcen zu mobilisieren. Dies bedeutet aber ein breites, durchlässiges Hochschulsystem, das möglichst für alle, die es

durchlaufen, die gleichen Chancen bietet (Demokratisierung). Das ist aber genau das Gegenteil von dem, was heute oft als erstrebenswert angesehen wird. Wenn eine deutsche Industrie auch weiterhin eine möglichst große Zahl gut ausgebildeter Hochschulabsolventen zur Verfügung haben will, dann muß sie daran innerlich fest sein, daß alle Hochschulen möglichst gut sind, damit möglichst jeder nach seinen Fähigkeiten die angemessene Ausbildung erhält. Schon heute werden in manchen Bereichen der Ingenieurwissenschaften die Arbeitskräfte knapp. Das kann doch nur heißen, daß man die Hochschulen in diesen Bereichen ausbauen muß (und zwar irgendetwas gut) und nicht daß man einige zu Hilfsschulen abstuft, um zwei oder drei zu Eliteschulen auszuweiden zu können.

Wenn heute ein Wirtschaftler der Bildung von Elitehochschulen das Wort redet, dann handelt er wie ein Fahrradbrikar, der vorschlägt, zur Erhöhung des Absatzes von Fahrrädern sollte die Regierung Fabriken zum Bau von Roller-Koyce-Autos subventionieren.

Wie aber steht es mit dem Vorschlag, mehr Wettbewerb unter den Hochschulen zu erzeugen, um deren Effizienz zu steigern und dadurch deren Kosten zu senken? Wettbewerb kann doch nur heißen, Wettbewerb um die guten Hochschullehrer, um die guten Studenten, um die Mittel, die der Bund zusätzlich zu den Landesmitteln den Hochschulen zur Verfügung stellt. Der Wettbewerb um die angesehenen Hochschullehrer ist aber so alt wie die Hochschulen selbst. So wie früher die Fürsten sich um bekannte Gelehrte bemühten, tun es heute die Landesministerpräsidenten. Auf diese Weise kommt

es zwangsläufig zur Bildung von Schwerpunkten, eine der typischsten war die Physik in den zwanziger Jahren in Göttingen. Damit setzt die öffentliche Hand ihre Mittel gezielt ein, denn die guten Wissenschaftler sind teuer, und kein Bundesland kann es sich leisten, auf allen Wissenschaftsgebieten für seine Hochschulen die besten Leute einzukaufen. Gute Wissenschaftler ziehen aber wieder gute Studenten an und sind auch in der Lage, zusätzliche Mittel von Bund, Deutscher Forschungsgemeinschaft oder VW-Stiftung einzunehmen. Auf diesem Sektor herrscht seit der Existenz der Hochschulen „Marktwirtschaft“, die immer, auch heute, funktioniert. Was also soll geändert werden? Oder wollen etwa ein paar ganz Kluge das Rad neu erfinden, nur weil inzwischen auch die Plebejer sich dessen bedienen?

In der vorauseherbaren Zukunft wird in den hochindustrialisierten Ländern die große Mangelerscheinung die an gut ausgebildeten Fachleuten sein.

Die bedeutet aber, daß das Land den heute erreichten Wohlstand am besten erhalten (oder gar vermehren) wird, wenn es gelingt, die in ihm vorhandenen intellektuellen Ressourcen optimal auszunutzen und einzusetzen. Es ist offensichtlich, daß Elitehochschulen dazu der falsche Weg sind, denn alle Argumente, die für ihre Einrichtung vorgebracht werden, sind, logisch betrachtet, solche für eine Demokratisierung der Bildung. Die Novelle des Hochschulrahmengesetzes war ein unnötiger Schritt in die falsche Richtung, man sollte sich bemühen, den Schaden, der daraus für unsere Wirtschaft erwachsen wird, möglichst klein zu halten.

STEFAN HÜFNER

TAT - Müllkonzept für Studentenwohnheim erfolgreich

Die auf Initiative des Treff Angepaßte Technologie (TAT) im Studentenwohnheim Karlshof Anfang letzten Jahres aufgestellten Papier-, Metall- und Batteriesammelbehälter sind jetzt um einen weiteren Papiercontainer erweitert worden. Daran zeigt sich der Erfolg des vom TAT entwickelten Konzepts für die Getrenntmüllsammmlung im Karlshof. Ein zweiter Papiercontainer wurde nötig, da einer für die Flut von Altpapier, die bei den Bewohnern anfiel, nicht mehr ausreichte. Den richtigen Riecher bewiesen die Student/inn/en auch mit ihrer Entscheidung (vor über einem Jahr) keinen Kunststoffcontainer aufzustellen, da die Verwertung nicht gesichert war. Das Schicksal der städtischen Kunststoffcontainer, die mittlerweile wieder eingesammelt wurden, blieb ihnen daher erspart. Initiativen wie die vom TAT sollten allerdings nicht auf Studentenwohnheime be-

beschränkt bleiben. Es wäre notwendig auch innerhalb des Stadtgebietes noch vermehrt Möglichkeiten zur Getrennterfassung von Abfällen zu schaffen.

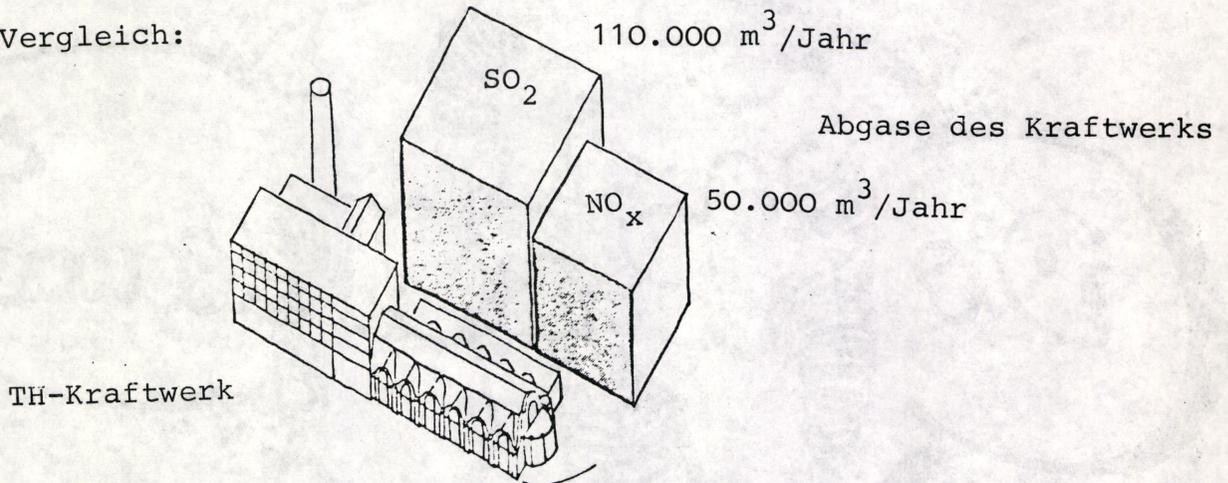
Vor allem nach dem Scheitern des Versuchs mit der "Grünen Tonne" sollte sich die Stadt Darmstadt um ein neues nicht so aufwendiges Getrenntsammlensystem, wie das im Karlshof, bemühen. Es wäre wünschenswert, daß die Möglichkeit zur Getrenntsammlung von dem Hauptteil des häuslichen Abfalls, der organischen Fraktion, geschaffen wird. So soll auch im Studentenwohnheim Karlshof ab dem Frühjahr der Einsatz von kleinen Kompostkisten erprobt werden.

Aktionsbündnis:

Für ein sauberes TH-Kraftwerk

Am 22.6.1983 trat das 13. Bundesimmissionsschutzgesetz in Kraft. Diese Verordnung mußte Konsequenzen für das Heizkraftwerk der TH Darmstadt haben, und schon Ende 1983 bekundeten die zuständigen Ministerien, eine saubere Lösung für die Anlage finden zu wollen.

Zum Vergleich:



2 Jahre wurden vertrödelt, bis die Umrüstung auf Gas und leichtes Heizöl beschlossen und von den Ministerien genehmigt wurde. Die Zusage, die Umrüstung bis zur Heizperiode 85/86 durchzuführen, wurde nicht eingehalten.

Jetzt reicht es

Wir fordern: In der nächsten Heizperiode darf keine Kohle mehr verfeuert werden.

Die Umrüstung des großen Kessels muß bis zum Oktober gewährleistet sein und für Störfälle ist ein Konzept zu erarbeiten, das mit leichtem Heizöl auskommt.

Keine Kohle mehr auf Vorrat

Auch jede noch so immissionsarme Verbrennung von fossilen Brennstoffen hinterläßt Gifte, die, wenn sie nicht in die Luft geblasen werden, in irgend einer Form deponiert werden müssen. Jeder Energieverbrauch bedeutet den Abbau unersetzlicher Ressourcen.

Deshalb: Alle verfügbaren Mittel müssen endlich in

Energie einsparmaßnahmen gesteckt werden, besonders in die Reduzierung des Wärmeverlustes der TH-Bauten. (Wärmedämmung, bessere Regelung).

Ferner muß heute schon mit den Überlegungen für den Bau eines neuen Heizkraftwerks begonnen werden, wobei bestehende Fernwärmenetze in Darmstadt einbezogen werden müssen.

Macht Dampf!

Heizt ein!

Wir haben keine Zeit mehr

300 t SO₂, 67 t NO_x im Jahr . . .
uns reicht's - jetzt machen wir Dampf !



Fasching am TH-Kraftwerk !

Rosenmontag 11 vor 11 zwischen Mensa und
TH-Kraftwerk - die Alternative zur
Määnzer Fasenacht - tufftää tufftää tufftää !

Themen :

- Prähistorische Gebäude im Umbruch der Zeit
- Vom Jäger und Sammler zum Heizer
- Aus dem Tagebuch einer Schnecke - das Arbeitsleben eines Beamten

Außerdem :

Masken

Glühwein

Konfetti

Experimente
Theater

Veranstalter: Aktionsbündnis TH-Kraftwerk (AGU, Asta THD)